

AKTUELL



MENSCHENRECHTSVERTEIDIGER*INNEN

Mehr Schutz gefordert

Tessie Jakobs

Im Kontext der Corona-Krise arbeiten Menschenrechtsverteidiger*innen unter erschwerten Bedingungen. Verstärkte Unterstützungsmaßnahmen sind notwendiger denn je.

Zunahme an einschränkenden Gesetzen, Stigmatisierung, Kriminalisierung und erschwerten Zugang zu Finanzierung - im Rahmen der Corona-Krise sehen sich Menschenrechtsverteidiger*innen zurzeit mit außerordentlichen Hürden konfrontiert.

Darauf weist die Action Solidarité Tiers Monde (ASTM) in einem Schreiben hin. Menschenrechtsverteidiger*innen hätten es ohnehin nicht leicht. „In manchen südamerikanischen Ländern versuchen die Autoritäten unsere Partnerorganisationen mit administrativen Mitteln einzuschüchtern, indem sie Gesetze verabschieden, die ihre Arbeit einschränken und kriminalisieren. Manche Mitarbeiter werden überwacht oder sogar bedroht“, schreibt die ASTM.

In Ländern des globalen Südens würden nicht wenige für ihr Engagement sogar täglich ihr Leben riskieren. In diesem Kontext erinnert die ASTM an den Menschenrechtsanwalt Ben Ramos, der im November 2018 auf den Philippinen getötet wurde. Ramos hatte sich ehrenamtlich für die Rechte von marginalisierten Gruppen engagiert.

In den vergangenen Wochen hätten sich die Bedingungen jedoch zusätzlich verschlechtert. In ihrem Schreiben hebt die ASTM zwei besonders gefährdete Gruppen hervor. Betroffen sind einerseits Menschen, die sich im Kontext großangelegter Abbau- und Anbauprojekte für territoriale Rechte einsetzen. Ihr Ziel ist es, die Interessen und Rechte von Gemeinschaften gegenüber finanziellen Gewinnen von Firmen und Privatpersonen in den Vordergrund zu rücken.

Andererseits sind vor allem Menschenrechtsverteidiger*innen sowie Organisationen, die sich für sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung

einsetzen, einem großen Risiko ausgesetzt. Die genderbasierte Gewalt, die in diesem Kontext verübt wird, reicht von sexueller Belästigung bis hin zu Vergewaltigungen.

Regierung muss handeln

In Anbetracht dieser Missstände ruft die ASTM die luxemburgische Regierung zu unterstützenden Maßnahmen auf. Die Empfehlungen bauen auf dem Aktionsplan auf, der 2018 im Rahmen des Weltgipfels der Menschenrechtsverteidiger*innen in Paris ausgearbeitet wurde. So solle sie sich etwa für ausreichend Schutz und juristische Rahmenbedingungen einsetzen, damit Menschenrechtsverteidiger*innen ihrem Engagement nachkommen können. Die Regierung solle dazu beitragen, Menschenrechtsverteidiger*innen im globalen Süden den Zugang zu bereits existierenden Schutzmechanismen zu erleichtern. Außerdem notwendig: eine schnelle Ausstellung von Visa, Garantie der Freizügigkeit, Bereitstellung alternativer Finanzierungswege und die öffentliche Verurteilung jeglicher Gewalt oder Einschüchterungsversuche gegenüber Menschenrechtsverteidiger*innen. Bei jeglichen kommerziellen Übereinkommen seien Maßnahmen vorzusehen, die Menschenrechtsverletzungen verhindern. Regierungen von Entwicklungsländern müssten dazu angehalten werden, internationale Richtlinien zur Bekämpfung sexistischer Stereotypen einzuhalten. Stigmatisierender, beleidigender oder erniedrigender Sprachgebrauch in Entwicklungsländern müsse verworfen und angeprangert werden. Die Evaluation der Schutzmaßnahmen für Menschenrechtsverteidiger*innen müsse zudem integraler Bestandteil luxemburgischer Berichte zur internationalen Menschenrechtssituation sein.

Den integralen Forderungskatalog der ASTM können Sie hier einsehen: woxx.eu/astm

SHORT NEWS

Logement : Kox pour les propriétaires

(lc) - La crise sanitaire et économique met en péril celles et ceux qui déjà avant vivaient de façon précaire. Comment payer son loyer - souvent exorbitant - quand on est au chômage partiel ? Les propriétaires doivent-ils et elles exonérer quelques mois de loyer et seront-ils et elles remboursé-e-s par l'État ? Des questions légitimes posées par Déi Lénk dans la commission parlementaire, auxquelles le ministre Henri Kox n'a pas su donner de réponses adéquates. C'est ce qu'en retient le député et ancien collègue au woxx David Wagner : « La visioconférence étant un peu brouillée, la discussion était difficile, mais finalement le ministre du Logement n'a pas voulu aller plus loin que les engagements déjà pris - c'est-à-dire l'anticipation de la hausse de la subvention des loyers. » Donc pas de pression sur les propriétaires, qui peuvent continuer à exiger des loyers malgré la crise. Certes, il y en a dont les loyers constituent la majorité du revenu, mais ce n'est pas un prétexte pour épargner celles et ceux qui auraient largement les moyens d'être clément-e-s. Bref, si t'es locataire pendant la crise, mieux vaut avoir un ou une proprio sympa, ce n'est pas le gouvernement qui va t'en sortir.

Arbeiter*innen im globalen Süden leiden unter der Krise

(ja) - In Bangladesch wurden aufgrund der ausgefallenen Aufträge bereits eine Million Textilarbeiter*innen entlassen, in Myanmar haben bereits 20.000 ihren Job verloren, 70.000 könnten folgen. Fairtrade Lëtzebuerg machte in einer Pressemitteilung auf die katastrophale Situation, die die Covid-19-Krise für Arbeiter*innen des globalen Südens bedeutet, aufmerksam. Es ist längst nicht nur die Textilbranche, in denen Arbeitsplätze verschwinden: Rosen aus Kenia und Äthiopien können nicht mehr exportiert werden, da die europäischen Blumenläden geschlossen sind. Die Einschränkungen zur Pandemiebekämpfung könnten in Peru, Kolumbien und Brasilien dazu führen, dass ein Teil der Kaffeeernte verloren geht. Als Sofortmaßnahme hat Fairtrade International beschlossen, die Regeln zur Verwendung der Fairtrade-Prämie, über deren Verwendung die Arbeiter*innen gemeinsam entscheiden, anzupassen: Es ist nun möglich, medizinisches Schutzmaterial wie Masken davon zu kaufen, außerdem kann ein höherer Anteil an die Arbeiter*innen ausbezahlt werden. Fairtrade Lëtzebuerg ruft dazu auf, auch in Zeiten der Krise aus Solidarität Fairtrade-Produkte zu kaufen.

online

Schule, Rechenleistung und Flugverkehr

Vous aimez le woxx en print, mais cela ne vous suffit pas? Alors consultez woxx.lu : Vous y trouverez des articles qui ont uniquement paru online.

Coronavirus : le gouvernement anticipe certaines mesures sociales Celles et ceux qui déjà avant la crise sanitaire vivaient des fins de mois difficiles risquent de tomber encore plus bas une fois le confinement fini. Le gouvernement a fait quelques petits pas pour eux, comme le démontre une réponse parlementaire. woxx.eu/social

Wie der eigene Computer bei der Forschung zu Covid-19 helfen kann Jede*r kann einen Teil der Rechenleistung des eigenen Computers spenden, um das Virus besser zu verstehen und Medikamente zu entwickeln. woxx.eu/computer

Petition gegen Fluggesellschaft-Rettungsmaßnahmen Das NGO-Netzwerk „Stay Grounded“ wendet sich mit einer Petition gegen Bail-Outs für Fluggesellschaften und fordert stattdessen einen Umbau des Sektors. woxx.eu/flugzeug

Schüler*innen die allernötigste Unterstützung bieten Sozio-ökonomisch benachteiligte Kinder leiden besonders stark unter der aktuellen Krise. Die zurzeit vorgesehenen Unterstützungsmaßnahmen reichen kaum aus, um das auszugleichen. woxx.eu/schule